

**Antrag**

Bearbeitung: Katja Mentz (E-Mail: katja.mentz@luebeck.de Telefon: 122-1067)

**Fraktion Linke & GAL: Haushaltsbegleitbeschluss zu VO  
2025/14306 Haushalt 2026**

**Beratungsfolge:**

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
06.11.2025	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	

**Antrag:**

1.) Folgende Maßnahmen **werden aus der Konsolidierungsliste gestrichen** und im Haushaltsentwurf 2026 entsprechend eingestellt und finanziell hinterlegt:

Nr:	FB	Maßnahme zur Konsolidierung	Betrag in €
13	2	Kostenübernahme Verhütungsmittel	58.900
14	2	Medi-Büro zur medizinischen Behandlung von Menschen ohne Krankenversicherung	15.000
15	2	Gratisessen Begegnungsstätte	35.000
23	3	Vernässung Kernmoore (Planung)	50.000
24	3	Gesundheitliche Vorteile der aktiven Mobilität bewerben	5.000
25	3	Fortbildung f. Pächter:innen durchführen	20.000
26	3	Beratungen und Konzepterstellung Mobilitätsmanagement	15.000
27	3	Energieberatung f. Mieter:innen fördern	25.000
28	3	Beratungsangebot zur energetischen Sanierung am Denkmal, Umstellung Heizsysteme u. Energieeffizienz in Unternehmen einrichten	30.000
29	3	Abfalltrennung und -mengen der Stadtverwaltung erfassen, Plastikinventur durchführen	5.000
30	3	Treibhausgasneutrale Verwaltung	10.000
31	3	Ökoprofit	50.000
36	4	Reduzierung der Zuschüsse für Veranstaltungen der Soziokultur und Kleinkunst	50.000
39	4	Anpassung des Preistarifs der Lübecker Schwimmbäder	300.000
41	4	Das Modellprojekt Ganztage offene Kinder- und Jugendarbeit wird nicht weitergeführt	100.000

2.) Folgende Maßnahmen werden aus dem **Haushaltsentwurf 2026 gestrichen:**

FB	Bereich	Produkt	AO-Objekt-Nr.		
1 & 3	103 & 370	Anstelle von vier Personalstellen für die Projektgruppe „Stärkung Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“ werden in 2026 nur zwei Personalstellen besetzt.			260.000
3	320	Aufenthaltsbeendigung: eine der neuen Personalstellen wird gestrichen			100.000
5	660	542001	146	7852000	Mühlentorplatz 200.000

3.) Der Mietkostenzuschuss für Kindertagespflege bleibt im Haushaltsentwurf 2026 vollständig erhalten.

4.) Alle Schulsanierungen finden wie geplant und beschlossen statt und werden nicht bis 2030 ausgesetzt. Die nötigen Haushaltsmittel sind entsprechend zu ordnen.

5.) Im Fachbereich 3, Bereich 390 Umwelt, Natur und Verbraucherschutz wird eine zusätzliche Personalstelle geschaffen, die für den Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz ein Konzept erarbeitet und Förderanträge stellt. Die Personalstelle soll zum Juli 2026 besetzt werden, weshalb für das Haushaltsjahr 2026 zunächst 55.000 Euro eingestellt werden.

6.) Für das Programm „kostenlose Verhütungsmittel“ im FB 2 werden die Mittel auf 80.000 Euro erhöht.

7.) Für die Verfolgung und Umsetzung des Schleswig-Holsteinischen Wohnraumschutzgesetzes wird eine Personalstelle geschaffen. Die haushalterische Ordnung ist herzustellen.<sup>1</sup>

**8.) Folgende, bisher nicht im Haushalt berücksichtigte Maßnahmen aus der Konsolidierungsliste werden umgesetzt:**

Nr. 45, FB 4 4.511	Umstellung bei den heilpädagogischen Fachkräften und Assistent:innen von externem auf städtisches Personal	27.200 €
Nr. 47, FB 4 4.040	Reduzierung des Zuschusses an die Travemünder Woche gGmbH	50.000 €
Nr. 48, FB 5	Anpassung Parkgebühren	1.000.000 €
Nr. 49, FB 3	Projekt Stadtsauberkeit reduzieren	120.000 €
Nr. 50, AF	Einführung Übernachtungssteuer, wirksam ab 2027 ff	4.000.000 €

...

9.) Nr. 51 Zuschussreduzierung- Reduzierung der Aufwendungen in den für den Zeitraum ab 2027 neu abzuschließenden Budgetverträgen und beschiedenen Zuwendungen durch Standardanpassung **wird aus der Konsolidierungsliste gestrichen**. Bei den Budgetverhandlungen in 2026 werden keine Vorgaben für Kürzungen festgelegt. Entsprechend der Ziele, Bedarfe und Tarifsteigerungen bleiben Budgeterhöhungen möglich.

10.) Das Parkhaus Godewind in Travemünde wird meistbietend (für mindestens die Höhe der Baukosten) verkauft. Das Grundstück wird in Erbpacht vergeben. Die Einnahmen fließen in den allgemeinen Haushalt.

11.) Die Gebühren für Bewohnerparkausweise werden auf die in Schleswig-Holstein maximal erlaubte Höhe angehoben (voraussichtlich 90 € pro Jahr).

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

**Anlagen:**

Vorsitzende/r  
der Fraktion LINKE + GAL

---

<sup>1</sup> Durch konsequente Anwendung des Wohnraumschutzgesetzes werden Bußgelder bei Nichtbeachtung des Gesetzes die Kosten einer Personalstelle ganz oder teilweise amortisieren.